

## **Alte Ideale - Neues Denken**

### **Plädoyer für einen Wahlsieg 2002**

1. Auf Betrachter von außen wirkt die SPD gegenwärtig wie zwischen zwei Polen. Der eine Pol wird durch die Positionen Oskar Lafontaines markiert, die im Kern staatsinterventionistisch ausgerichtet sind. Seine Anziehungskraft speist sich aus der Geschichte der Sozialdemokratie. Der andere Pol wird durch das Blair/Schröder-Papier beschrieben, das die Herausforderung der globalisierten Weltwirtschaft annehmen will, aber die Wurzeln sozialdemokratischer Identität, das solidarische Füreinandereinstehen weitgehend unbeachtet lässt.

Keine Frage, beide Pole entwickeln abstoßende und anziehende Kräfte, was auf viele Menschen im Herz und Umfeld der SPD verwirrend wirkt. Dieser Eindruck wurde durch die öffentliche Darstellung der Politik der Bundesregierung im vergangenen Jahr verstärkt, die offenbar im ständigen Wechsel zwischen beiden Polen handelte und damit beliebig nach außen und chaotisch von innen wahrgenommen werden musste.

2. Die Folge davon ist: Die Mitgliedschaft der SPD ist weitgehend desorientiert. Es fehlt das, was man interne Fortschrittsperspektive nennen könnte. Bei den vielleicht noch 100.000 aktiven ehrenamtlichen Funktionären der Partei ist eine Beschränkung der Aktivität zu beobachten; ein Rückzug aus Ämtern und eine eingeschränkte Bereitschaft zu Wahlkampfaktivitäten. Dies ist im übrigen ganz unab-

hängig von der jeweiligen politischen Stimmungslage wie sie in den Umfragen erhoben wird; auch unabhängig vom Ansehen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Über diese Mobilisierungsschwäche der SPD wird schon seit vielen Jahren geredet. Bei aller Bedeutung der Medien: Ein Verzicht auf die Begeisterung der Mitarbeiter der eigenen „Firma“, die Duldung der inneren und die Hinnahme der realen Kündigung (Austritt) als Resultat falscher Ansprüche, mangelhafter Strukturen, unklarer politischer Ziele und nicht nachvollzogener Regierungspolitik, ist auch durch noch so aufwendige Werbestrategien nicht zu kompensieren.

3. Die notwendige und von vielen angemahnte Programmdebatte muss mit Fragen beginnen:
  - welche gesellschaftlichen Veränderungen finden statt und wie werden sie bewertet;
  - welche unserer Grundpositionen bedürfen der Revision; z.B. das altlinke staatsfixierte Vergesellschaftungs-Kontinuum, also „je mehr öffentliches Eigentum, desto besser“ oder das alleinige Setzen auf genossenschaftliche Solidarität;
  - welche sozialen, ökologischen und humanitären Grundpositionen sind auch in der Zukunft unverzichtbar?
  
4. Um es an einem Beispiel zu zeigen: Die von der damaligen SPD wenig verstandene Studenten- und Jugendbewegung trat Ende der 60er Anfang der 70er Jahre mit Idealen an, die mit dem Streben nach
  - mehr Selbstbestimmung des Menschen,
  - mehr gesellschaftlicher Teilhabe,
  - Gewaltfreiheit in in allen Lebensbereichen und
  - Schaffung von sozialem Ausgleich in der Weltge-

sellschaft beschrieben werden können.

Einige dieser Ideale zeigen sich in der heutigen gesellschaftlichen Realität, wenn auch in unerwartetem Gewand wieder:

- moderne Unternehmen und Verwaltungen organisieren sich kleinzellig autonom von unten
- der Staat bietet Teilhabe durch Vereinbarungen besonders im Bereich der Umweltpolitik (z.B. Verbandsklage) an
- und auch das Bündnis für Arbeit belegt, dass Politik eine immer stärker moderierende Funktion in einer im Prinzip auf Konsens ausgerichteten Gesellschaft hat.

Die ungeheure Attraktivität unserer Ideale von vor 30 Jahren hat angesichts der Probleme von heute spürbar nachgelassen. Gegenwärtig steht im Vordergrund:

- die high-tech-Revolution, deren Ausdruck etwa das Internet ist, ergreift immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Miteinanders
- die Veränderungen in unserer Gesellschaft beschleunigen sich. Das gilt insbesondere für die Technik. Innerhalb weniger Monate gibt es Veränderungen, für die in früheren Zeiten Jahre und Jahrzehnte benötigt wurden. Diese Schnelligkeit ängstigt viele Menschen, die an alte subsidiäre Strukturen gewöhnt sind.
- Die Welt wächst zusammen. Die eine, globalisierte Welt hat unsere wirtschaftlichen Strukturen schon gründlich verändert. Unternehmen und Arbeitnehmer in Deutschland wie in anderen Ländern stehen im die Kontinente übergreifenden Wettbewerb. Wie damit umzugehen ist, auch darauf hat die SPD eine Antwort zu finden.

5. Und nicht nur das: Die Auflösung des Ostblocks hat

die akute Weltkriegsgefahr zwar in den Hintergrund gerückt, führt aber auf der anderen Seite zu Migrationsbewegungen von beträchtlichem Ausmaß, die auch Deutschland nicht unberührt lassen bzw. lassen werden. Viele lokale (Bürger-)Kriege sind Ausdruck solcher Migrationsbewegungen. Und viele Staaten der sogenannten Dritten Welt nutzen inzwischen die Chance zu eigenen politischen Wegen und zu wirtschaftlicher Entwicklung; mit anderen Worten: sie konkurrieren damit auch in viel stärkerem Maße als bisher mit den alten Industrienationen. In Europa ist eine Antwort gefunden worden: Die Entwicklung der Europäischen Union hin zu einem einheitlichen Markt mit einem einheitlichen Zahlungsmittel, dem Euro, und dem Versuch, die politischen Strukturen der Europäischen Union zu stärken.

6. Aber trotz aller dieser Entwicklungen ist festzustellen: Die Menschen resignieren eben nicht. Im Gegenteil: die Zahl der Menschen, die ehrenamtliche Arbeit übernehmen, war nie so hoch wie heute bei steigender Tendenz. In Deutschland beläuft sich deren Zahl auf mindestens 12 Millionen Leute. Überschuss an gutem Willen, Solidarität und Mitmenschlichkeit gibt es also trotz der beklagten Materialisierung aller Lebensbereiche und sie suchen sich sinnhafte Arbeit in überschaubaren Strukturen.

Die vorhandenen Großorganisationen, seien es Gewerkschaften, Verbände aber auch die Parteien rufen diesen Überschuss an gutem Willen nicht mehr hinreichend ab. Im Gegenteil: sie werden weitgehend als zu bürokratischen Apparaten erkaltet wahrgenommen, in denen die Entfaltung und Wahrnehmung verschiedener Interessen den einzelnen Individuen nicht mehr möglich erscheint. Das trifft genau so auf die staatliche Verwaltung bzw. Bürokratie zu. Öffnen

sich aber Staat und Großorganisationen gegenüber diesen Bereitwilligen, so knüpfen sie an die ursozialdemokratische Tradition subsidiär gesellschaftlicher Selbsthilfe an.

Eine entscheidende Frage in der Programmdiskussion der SPD wird also sein, wie die SPD in der Definition ihrer Fortschrittsposition die Umsetzung und Ermöglichung solcher Strukturen erreicht.

Bemühungen in diese Richtung gab es in der Vergangenheit durchaus. Erinnerung sei an die breit geführten Debatten um den „Orientierungsrahmen `85“ Ende der Siebziger Jahre oder an das Projekt „SPD 2000“ Anfang der Neunziger Jahre, in dessen Folge Mitwirkungsmöglichkeiten sogar satzungsmäßig verankert wurden. Doch wurden und werden solche Möglichkeiten eben aus den geschilderten Gründen so gut wie gar nicht angenommen.

7. Es ist unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen der öffentlichen Hände nicht nur die materielle Not des Staates, sondern auch eine große Chance, den „staatlichen Verantwortungsimperialismus“ - wie Gerhard Schröder das einmal nannte - zurückzudrängen, staatliches Handeln wieder auf die eigentlichen Kernaufgaben zurückzuführen und den ehrenamtlich tätigen Menschen Raum für aktives Handeln zurückzugeben. Dies gilt gleichermaßen für die Partei.

Befähigen und Ermöglichen gehört zur Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Nachbarschaftshilfe, solidarisches Handeln, Selbstorganisation und Genossenschaftswesen sind die Stichworte hierfür.

Diese partizipative Komponente aus unserer Geschichte wieder aufzunehmen, auszubauen und beispielhaft verschiedenen Politikfelder zu beschreiben, in denen Mitwirkung und Mitbestimmung möglich sein sollen (und müssen) - darin müsste unseres Erachtens der Kern der zu führenden und angemahnten Diskussion liegen.

Denn wenn auch der Geburtshelfer dieser Tradition die Not der Menschen in der beginnenden Industrialisierung war, die es so nicht mehr gibt: weiterhin bleibt Eigeninitiative sinnstiftend.

8. Eine Programmdebatte der SPD ist nur dann sinnvoll zu führen, wenn es gelingt, die schöpferischen Potentiale in der Partei zu aktivieren und die Debatte in die Gesellschaft hinein zu öffnen und gesellschaftliche Kompetenzen einzubeziehen. Dass dazu auch organisatorische Änderungen und die Dezentralisierung von Kompetenzen erforderlich sind, versteht sich beinahe von selber.

Es ist zwar kein Geheimnis: Im Vergleich zur Union ist die SPD deutlich heterogener, mithin hat sie die modernere Organisation. Eben gerade weil die Organisation der SPD fragmentiert ist, hat die SPD gelernt, innerparteilich und vor allem auch unter den Wählern Koalitionen zu bilden. Der Spagat zwischen den divergierenden Gruppen und Interessen kann ihr deshalb besser gelingen als den konkurrierenden Parteien.

Die Programmdebatte muss eben auch dazu führen, dass sich die Sozialdemokraten insgesamt verändern: Hin zu mehr Offenheit, zum Hingehen, zum Zuhören; zum Aufsaugen der gesellschaftlichen Realitäten, die

in ständigem Umbruch begriffen sind. So bleibt der ständige Wandel der zentrale Auftrag für die SPD.

9. Den führenden Regierungspolitikern der beiden Koalitionsparteien wird die Erkenntnis unterstellt, sie hätten die politische Verantwortung für eine ganze Generation. Dies ist nur zum Teil zutreffend. Denn das politische Schicksal einer ganzen Generation kann man nicht der Regierungsspitze allein überlassen. Der gutwillige, engagierte Teil der Partei ist aufgerufen, selber die Verantwortung für die eigene Generation wahrzunehmen und sich in die Diskussion um eine neue Standortbestimmung einzubringen.

Ohnmachtsgefühle und Strategien des Abwartens sind zwar individuell verständlich, erhöhen aber leider nicht die Chancen auf Erfolge. Natürlich stellt sich die Sinn-Frage. Erfolge wozu? Was will man eigentlich, was von dem Gewünschten ist realistisch durchsetzbar, lohnt sich der Aufwand? Voraussetzung für das politische Überleben ist eine realistische Sicht der gesellschaftlichen Realitäten und der Lebensbedingungen der Mitbürger, wenn auf der Basis von Grundüberzeugungen und Wertvollstellungen handlungsleitende Gestaltungsideen formuliert werden sollen.

10. Steht ein Leitbild für die Sinnhaftigkeit - etwa der Sparbemühungen dieser Regierung - über dem Regierungshandeln, dann gibt es wieder einen Kompass für die Sozialdemokratie. Und nur so kann aus gegensätzlichen Kräften gebündelte Macht werden. Vom Wahlsieg 2002 muss dann nicht mehr nur geträumt werden.